

Sitzungsvorlage		JHA/SA/19/2022	
Landkreisweite Jugendbeteiligungsaktion "Speak up!"			
TOP	Gremium	Sitzung am	Öffentlichkeitsstatus
1	Jugendhilfe- und Sozialausschuss	12.12.2022	öffentlich

keine Anlagen	
----------------------	--

Beschlussvorschlag

Der Jugendhilfe- und Sozialausschuss nimmt die Ausführungen zur landkreisweiten Jugendbeteiligungsaktion „Speak up!“ zur Kenntnis.

I. Sachverhalt

In der Sitzung des Jugendhilfe- und Sozialausschusses vom 16.05.2022 hat sich der Ausschuss mit dem Thema Jugendbeteiligung im Landkreis Karlsruhe befasst und den Sachstandsbericht zur landkreisweiten Jugendbeteiligung zur Kenntnis genommen.

§ 41a der Gemeindeordnung Baden-Württemberg regelt die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen an der Kommunalpolitik von Städten und Gemeinden in Baden-Württemberg. Änderungen hierzu traten zum 01.12.2015 in Kraft. Seither können Jugendliche in Baden-Württemberg eine Jugendvertretung in ihren Städten und Gemeinden einfordern.

Im Landkreis Karlsruhe bestehen derzeit in 13 Kommunen dauerhaft eingerichtete Jugendvertretungen. Daneben finden in den Kommunen alternative Beteiligungsformate zu unterschiedlichen Themenfeldern statt, welche meist von den Jugendzentren und der Offenen Kinder- und Jugendarbeit (OKJA) geplant, organisiert und durchgeführt werden. Für die Jugendverbände und deren politische Teilhabe auf landkreisweiter Ebene ist der Kreisjugendring Karlsruhe e. V. (KJR) zuständig.

In seiner Funktion als zentrale Service- und Beratungsstelle zur Beteiligung von Kindern und Jugendlichen im Landkreis Karlsruhe steht das Kreisjugendreferat des Jugendamts in engem Kontakt mit der OKJA und dem KJR. Außerdem werden regelmäßige Workshops für die mit der Umsetzung von Jugendbeteiligungsprozessen in den Landkreiskommunen betrauten Mitarbeitenden angeboten. Dabei geht es um Herausforderungen

und Erfolgsfaktoren von gelingender Jugendbeteiligung sowie um den Erfahrungsaustausch und die Vernetzung zwischen den Akteuren der freien und öffentlichen Jugendarbeit.

Am 08.07.2022 fand in diesem Kontext die Veranstaltung „Speak up!“ statt. Der Veranstaltung ging ein umfangreiches digitales Beteiligungsformat voraus, um die Bedarfe der Jugendlichen im Landkreis abzufragen, welche nicht an der Präsenzveranstaltung teilnehmen konnten. Die Umfrage wurde gemeinsam mit der Einladung zur Präsenzveranstaltung an alle Schulen, die Schulsozialarbeit, alle Jugendhäuser und an die Jugendgemeinderäte im Landkreis versendet und über diese Wege publik gemacht. So wurde eine große Zahl an Jugendlichen erreicht und eine große Bandbreite an Rückmeldungen aus dem gesamten Landkreis generiert.

Die Präsenzveranstaltung wurde im Haus der Begegnung (HdB) in Bruchsal in Form eines sogenannten „World Cafés“ durchgeführt. Dabei sind Mitglieder des Kreistages mit Jugendlichen zu verschiedenen landkreisspezifischen Themen ins Gespräch gekommen. An der Planung und Durchführung der Veranstaltung haben sich das Kreisjugendreferat des Jugendamts, der Kreisjugendring Landkreis Karlsruhe e. V. (KJR), das Jugendzentrum Bruchsal sowie der Jugendgemeinderat Bruchsal beteiligt. Die Veranstaltung wurde von einer Jugendlichen moderiert.

Maßgebliche Intention für die Veranstaltung war die Unzufriedenheit vieler junger Menschen während der COVID-19-Pandemie mit der gefühlten Intransparenz der Maßnahmen zur Pandemiebekämpfung und der Wunsch nach mehr Mitsprache an (jugend-) politischen Entscheidungen.

Das Ziel, als Baustein einer Post-Pandemie-Strategie des Kreisjugendreferates ein gegenseitiges Verständnis zwischen jungen Menschen und politischen Mandatsträgerinnen und Mandatsträgern im Landkreis Karlsruhe zu schaffen und in einen gelingenden Austausch zu kommen, wurde erreicht.

In einem konstruktiven Arbeitsprozess wurde durch die Jugendlichen eine Aufgabenmappe für die Vertreterinnen und Vertreter des Kreistages erstellt, welche heute in der Sitzung symbolisch an den Jugendhilfe- und Sozialausschuss übergeben wird. Diese beinhaltet folgende Themenbereiche:

Sicherheit

- Höhere Polizeipräsenz an Angsträumen
- Mittelweg zwischen „Sicher fühlen“ & Überwachungsstaat finden
- Selbstverteidigungskurse auch im Sinne von Deeskalieren durch Sprache, Verhalten, Körpersprache anbieten
- Selbstverteidigungskurse z. B. in Form von Präventionstagen in Schulen einführen oder mehr Gelder für Schulen für Prävention bereitstellen
- Radwege an belebten Orten bauen um ein höheres Sicherheitsgefühl zu erreichen

Kultur

- Förderung der Zugänge für Kultur
- Karlsruher Pass kommunal erweitern

- Interesse für Kultur bei Jugendlichen z. B. durch Seminare stärker wecken (Chor, Theater, Kunst)
- Bei ermäßigten Angeboten auch Azubis berücksichtigen

Infrastruktur

- Informationen an einem Ort bündeln und nicht auf zu viele verschiedene Apps verteilen
- Beleuchtung der Radwege
- W-LAN Zugänge in allen Bussen und Bahnen

ÖPNV

- Fahrgastinformationen (Ausfälle etc.) digitalisieren und in den Apps Aktualisierungen pflegen
- AST-Taxi kostenfrei für Abo-Kunden

Bildung

- Tour mit Politiker und Politikerinnen durch öffentliche Schulen, um den Bedarf nach Sanierungen zu zeigen
- Die Digitalisierung in den Schulen vorantreiben
- Schulsozialarbeit sollte lösungsorientierter sein und Lösungen mit und für Jugendliche suchen, nicht für Lehrer*innen

Umwelt

- Veranlassen / anregen, dass Schulen Bäume auf Schulhöfen pflanzen
- Allgemein mehr Grünflächen schaffen

Die von den Jugendlichen im Gespräch mit den Kreistagsmitgliedern gemeinsam erarbeiteten Aufgaben sollen nun, so die Erwartungen der Jugendlichen, von den Kreisrätinnen und Kreisräten des Sozial- und Jugendhilfeausschusses in deren jeweilige Fraktionen kommuniziert werden und dort in politische Forderungen und Maßnahmen einfließen. Durch diese Verknüpfung sollen Synergien entstehen, welche auch in die 32 Städte und Gemeinden des Landkreises multipliziert werden können. So sollen (politische) Entscheidungsträgerinnen und Entscheidungsträger einerseits für die Interessen und die Bedarfe von jungen Menschen sensibilisiert werden, um gelingende Beteiligungsformate auch in ihren Heimatgemeinden zu initialisieren und andererseits die konkret formulierten Aufgaben auch in den einzelnen Landkreiskommunen und auf Landkreisebene umzusetzen.

Ausgehend von „Speak up!“ als Auftakt wird das Kreisjugendreferat des Jugendamts deshalb künftig in den direkten Kontakt zu den Akteuren vor Ort gehen. Hierbei sollen lokale Entscheidungsträgerinnen und Entscheidungsträger beraten und unterstützt werden, in Kooperation mit dem KJR und der OKJA vor Ort adäquate und gelingende Beteiligungsformate auf kommunaler Ebene zu installieren und zu etablieren.

II. Finanzielle / Personelle Auswirkungen

Keine

III. Zuständigkeit

Nach § 4 Abs. 3 der Hauptsatzung des Landkreises Karlsruhe ist die Zuständigkeit des Jugendhilfe- und Sozialausschusses gegeben.